

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Fernsprecher Amt Lüthow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Monopolfrage und Arbeiterklasse.

Gollen die Arbeiter sich abseits stellen und es den herrschenden Klassen überlassen, die nach diesem furchtbaren Kriege unausbleibliche Neuordnung der Finanzen zu regeln oder sollen wir unter möglichst positiver Anteilnahme unsern ganzen Einfluß ausbieten, um die unbedingt kommende Monopolisierung mancher Industrien in unserem Sinne zur Geltung zu bringen? Die Frage stellen heißt sie beantworten!

Wir müssen aus dem Weltkrieg zu lernen suchen — und wenn man uns zehnmal „Umlerner“ heiße. Es kann nicht angehen, daß wir den Kapitalsinteressenten das Feld überlassen, und ebensowenig können wir uns mit einer behördlichen Regelung zufrieden geben, die aus naheliegenden Gründen wiederum eine Begünstigung des Kapitals bedeuten würde.

Unter diesem Gesichtspunkt ist das neue Buch im Vorwärts-Verlag über die Monopolfrage*) zu bewerten, das eine Fülle geschichtlichen und volkswirtschaftlichen Materials enthält.

Heinrich Cunow behandelt in der ihm eigenen klaren leicht verständlichen Weise die Kartellmonopole. So umgibt — kaum 20 Jahre! — die Kartellierung und Syndizierung der Privatindustrie Deutschlands ist, sie hat doch bereits die gewaltigsten Teile der sogenannten Schwerindustrie (Stahl und Eisen) erfaßt. Zwar haben die Kartelle die ihnen einst (auch von Calwer) angedichtete Produktionsregelung und striktenhemmung arg vermissen lassen. Der höchste Profit ist auch hier der entscheidende Punkt ohne Rücksicht auf die gesamte Volkswirtschaft. Eben deshalb sieht Vater Staat seit einigen Jahren der raschen Monopolentwicklung mit einem kalten Auge zu. Darum besteht auch jetzt — nachdem der Weltkrieg die Kartellierungs- und Fusionierungstendenz gefördert gezeitigt hat — einige Aussicht, den Staat zu tiefergehendem Eingriff zu bewegen, wenn er dabei einige Millionen für sich gewinnt. Darum endlich ist jetzt auch nicht mehr die Zeit für die Arbeiter, die Monopolfrage „akademisch“ zu erörtern, sondern jetzt gilt es aus unabweidbaren Tatsachen die Konsequenzen zu ziehen.

Sinnvoll kommt die Wahrscheinlichkeitsrechnung, daß die Deckung Verzinsung und Amortisation der Anleihebinden in keinem Fall allein aus Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftsteuern bestritten werden können. Für die große Masse der Arbeiter hält Cunow es aber jedenfalls für vorteilhafter, wenn monopolistische Industrie- und Handelszweige verstaatlicht und die bisher erzielten hohen Unternehmer-

gewinne zur Deckung der Staatsausgaben benutzt werden, als die Vertenerung der Nahrungsmittel durch hohe Verbrauchsabgaben (indirekte Steuern).

Freies Privatmonopol mit allen Schikanen des herrschgewaltigen Privatkapitalismus oder Staatsmonopol mit parlamentarisch und öffentlich kontrolliertem Betrieb. Gewiß hatten wir bis Kriegsbeginn in Poän und Eisenbahn nicht gerade glänzende Vorbilder. Aber die Zechenherren und die unzulässigen Leute der Schwerindustrie mit ihren gelben „Wirtschaftsfriedlichen“, dem Bohn- und sonstigen Zwang boten auch gerade des Abscheulichen genug. Es war bislang für die Klassenbewußten Arbeiter eigentlich „gehupft wie geprüngt“.

So müssen wir also von anderen weitergehenden Gesichtspunkten an die Frage herantreten. In einem Beispiel, dem Kohlenbergbau, zeigt uns im 2. Teil des Buches Otto Suer die Schwierigkeiten und Mannigfaltigkeiten des Problems. Dennoch kommt er zu der Feststellung, daß das Gemeinwohl die staatliche Inbetriebnahme so gewaltiger Produktionsmittel wie Stahl und Eisen verlangt. Auch das Reichshandelsmonopol mit Bergwerksprodukten wird eindringlich befürwortet.

Mar Schippel behandelt dann noch in einem geschichtlichen Rückblick die frühere Haltung der Sozialdemokratie zur Monopolfrage. Daraus ist vor allem klar ersichtlich, wie wenig einheitlich zu den verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern die Verstaatlichungsidee angefaßt worden ist. Am entschlossensten hat sich wohl August Bebel für stärkste Verstaatlichung ausgesprochen.

In einem trefflich zusammenfassenden Nachwort kommt der Herausgeber W. Janssen zu dem Resultat, daß Stahl, Eisen, Waffen, Munition, Getreidehandel und Mühlenindustrie sowie Kali heute zur Verstaatlichung reif scheinen. Andere Gebiete, wie Tabakmonopol, Elektrizitätsmonopol, sind bereits in zahlreichen Ländern verstaatlicht oder in der Verstaatlichung begriffen. Auch in den Gemeindebetrieben haben Gasindustrie, Wasserwerke und Kanalisation monopolartigen Charakter. Auf die Erfahrungen der uns naheliegenden Gebiete näher einzugehen, müssen wir uns vorbehalten.

Es mag genügen, noch die Bedingungen zu erwähnen, die Janssen für erforderlich hält, wenn die Arbeiterklasse einer solchen weitgehenden Monopolisierung zustimmen könnte. Das Mindestprogramm könnte: gesetzliche Schutz des Koalitionsrechts, öffentliche paritätische Arbeitsvermittlung, Arbeitskammern, Reichsarbeits- und Wirtschaftsamt, Teilnahme der Arbeiter und Ange-

*) Monopolfrage und Arbeiterklasse. Drei Abhandlungen von H. Cunow, E. Suer und Mar Schippel. Herausgegeben von W. Janssen. Vorwärts-Verlag. Preis 4 Mk. Berlin 1917.

stellten an der Monopolverwaltung. Jansson schließt mit folgenden sehr beachtenswerten Betrachtungen:

„Wir haben hier nur die Wünsche zusammenfassen können, die sich insbesondere vom gewerkschaftlichen Standpunkt ergeben. Die bisherige monopolistische Entwicklung in der Deutschen Industrie, die in der Form der Marktlierung vor sich gegangen ist, hat die Arbeiter darüber belehrt, daß mit der fortschreitenden Konzentration des Kapitals auch eine Zunahme der Macht des Kapitals gegenüber der Arbeiterkraft verbunden ist. Wohl ist es möglich, durch die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation auch den Einfluß der Arbeiter zu vergrößern, und das ist auch bisher geschehen. In den letzten 25 Jahren vor dem Kriege hat der Einfluß der Deutschen Arbeiter auf ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht nur erhebliche Fortschritte gemacht, sondern er wurde in dieser Zeit überhaupt erst geschaffen. Wir können auf Grund der bisherigen Erfahrungen davon ausgehen, daß, je lückenloser die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter wird, je größer auch der Einfluß, den sie auszuüben vermag.

Aber das schließt nicht aus, daß die Macht auf Unternehmenseite zeitweilig schneller wachsen kann. Und ein solches schnelleres Wachsen bringen die im Kriege entstandenen industriellen Verhältnisse mit sich. Die gesetzliche Organisation wichtiger Zweige

der Volkswirtschaft beschleunigt den Wachstum des Kapitals gegenüber der Arbeiterkraft. Weil wir aber mit der gleichen Organisationsentwicklung des Kapitals im Wege freier Vereinbarung nach dem Kriege rechnen müssen, ist es vom gewerkschaftlichen Standpunkt zweckmäßiger, die Bestrebungen nach einer gesetzlichen Regelung der Dinge im Reichsinteresse zu fördern, unter der Voraussetzung, daß die Gesetzgebung den Arbeiterinteressen gebührende Berücksichtigung zuteil werden läßt. Meine Forderung ist besser begründet als diese. Denn wenn die gesetzliche Organisation der Volkswirtschaft die Unternehmermacht stärkt, dann ergibt sich daraus die logische Folgerung, daß auch eine gesetzliche Stärkung der Position der Arbeiter ein Erfordernis darstellt. Für Monopole, die lediglich fiskalischen und privatwirtschaftlichen Profitinteressen dienen, können die Arbeiter nicht eintreten. Für sie handelt es sich dabei um die gesetzliche Verbeibringung eines sozialen Ausgleichs, den zu fordern die Arbeiterkraft genötigt ist, und den zu gewähren nicht nur die soziale Pflicht des Staates, sondern auch die realen volkswirtschaftlichen Interessen gebieten.“

So zutreffend wir diese Schlussfolgerungen halten, möchten wir in einem weiteren Artikel aus unserem eigenen Erfahrungskreis - den städtischen Monopolbetrieben - einiges hinzufügen.

Am Tage der Heimkehr.

In der „Hilfe“ veröffentlicht der bekannte Sozialpolitiker A. Wilbrandt die nachfolgenden beachtenswerten Ausführungen. Wie leben damit die Reihe der Artikel fort, die sich mit der Hebergangswirtschaft beschäftigen. Gerade die Gewerkschaften haben auf diesem Gebiet rechtzeitig Mühe zu treffen und die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, wie auch unsere Kollegen in den Arbeiterausschüssen müssen den treuenden Arbeitern, um den schwierigen Anforderungen der Hebergangszeit nachzukommen.

I.

Ist es jetzt schon Zeit, an den Tag der Heimkehr zu denken? Nein und ja! Nein: weil der letzte Kampf - und wer weiß, wie lange - noch auszukämpfen ist. Und ja: weil früh damit angefangen werden muß, die Heimkehr vorzubereiten.

Es ist vielleicht zu der Vorbereitung bereits zu spät. Denn wenn der II. Weltkrieg Erfolg hat, so ist in einigen Monaten der Punkt erreicht, wo allertand Räte dazu zusammenwirken, unseren Gegnern den Friedensschluß plöblich näher zu bringen. Es kann noch ein „Waffenstillstand“ folgen (wie können die Waffen der Straße ruhen? Die Sperre öffnend, so daß der Gegner sich neu beprepariert?) oder ob neben dem Kampf der Friedensschluß einhergeht in irgendeiner vermittelten Vereinbarung; ob noch „Lumpen“ und allmählich erst abgeklüftet oder ob vielleicht durch den Friedensvertrag sogar ausgemacht; die finanziell erwünschte schnelle Reduzierung der Heere auf Friedensstand folgt; auf jeden Fall kommt der Tag der Heimkehr im laufenden oder doch im nächsten Jahr so bald, daß es kaum noch möglich ist, das damit verbundene Problem zu lösen. Ist doch jetzt in allen Bureaus die Arbeit verlangsamt durch die Hebergangswirtschaft des stark verminderten und durch die Hebergangswirtschaft doppelt belasteten Personals, ist doch kaum überhaupt Gehör zu finden für Sorgen, die nicht der Augenblick aufzwingt, geschweige denn, daß die Not des Tages für die Arbeitenden Zeit läßt, die ein solches Vorbereitungswork erfordert.

Und bringt der II. Weltkrieg noch nicht den Frieden, wird mit Hilfe amerikanischen Geldes weitergelämpft, noch jahrelang, unabsehbar - so ist in einigen Jahren oder meinetwegen Jahrzehnten (für die Schwarzseher auch dies noch zugegeben) der Tag der Heimkehr doch zu erwarten; kann es zu früh sein, ihn vorzubereiten? Ist nicht die Mobilmachung des Heeres, der Eisenbahnen und der Zentren gerade deshalb so glänzend gelungen, weil sie jahres-, ja jahrzehntelang vorbereitet war? Und war sie nicht gleichfalls für unbedachte Zeiten, für alle Fälle also, bereitzuhalten?

Wir brauchen noch nicht Gibraltar zu winden. Aber wir müssen bedenken, daß der Friede uns wirtschaftlich so unvorbereitet trifft wie der Krieg. Die Folgen des Mangels an Vorbereitung sind bekannt. Wenn auch oft bekannt: man bewirkt die Organisation, statt deren mangelnde Vorbereitung als die Wurzel des Übels zu erkennen. Roter nicht überlegt, ja gar nicht für jemals in Frage kommend erachtet, ist die Organisation (Ernährungsfrage) viel zu spät, dann oft überflüssig und entsprechend mangelhaft im Ergebnis vor uns gerieten. Nicht die Organisation in das Kalte, sondern daß sie improvisiert werden mußte; und das war die verhängnisvolle Folge geringer Vorsorge und Voraussicht.

Alle Voraussetzungen, alle Prophezeiungen der heute noch in diesen Dingen wachsenden Äntzungen - ich erinnere an die Äußerungen Desferris vor dem Kriege - , alle diese scheinbar so praktischen Hebergangswirtschaften haben Schiffbruch gelitten, und die ganze Theorie, die Frau Sorge, die vor dem Kriege schon warnte - ich erinnere an Pallas' unbeachtet gebliebene Warnung - , hat recht behalten.

Und wie ist es jetzt? Es wiederholt sich dieselbe Erscheinung: statt vorzubereiten, ein weißes erscheinendes sozialpolitisches Nichtstun, das die Vorbereitung der Heimkehr bewirkt, weil ja der Krieg erst noch vorzubereiten, weil zu mobilisieren „Zwischenpflicht!“ - , also noch nicht zu demobilisieren Zeit sei. Als ob das eine im mindesten das andere ausschließt! Als wenn nicht gerade die neu geschaffene Lage dazu zwänge, für einen um so größeren Kreis von Personen, die man mobilisiert hat, auch die Demobilisierung vorzubereiten! Hat nicht der Staat, dessen Einmarsch jetzt alles löste und band, um so mehr die Verantwortung für das, was nach dem Kriege sein wird?

Gewiß: die verschiedenen Ämter und Verbände beschäftigen sich mit Fragen der Demobilisation. Der Reichskommissar für Hebergangswirtschaft, das Kriegsministerium, die Vertretungen der einzelnen Berufsgruppen sind mit der einen oder anderen Seite der Sache befaßt. Doch eine Stelle, die das Problem der Heimkehr in einem feiner würdigen Sinne anpaßt, die gibt es nicht.

Ist gewisse zwar nicht, daß die Räte äußerlich ausgefüllt wird. Die „Arbeiterfrage“, von Desferris neben den Fragen der Hebergangswirtschaft und des Friedens als ein Problem der Hebergangswirtschaft erwähnt, wird ihre Stelle finden. Die Bekämpfung von Arbeitskräften für die Unternehmer so wichtig wie die Bekämpfung von Mobilität und Arbeit - wird in die Hand genommen werden. Es aber außer dieser für die Arbeitgeber wichtigen „Arbeiterfrage“ noch eine andere anerkannt wird, muß die Erfahrung lehren.

Dieser ist die Stärke noch niemals überdacht worden, die den Interessenvertretungen der Privatinteressen beherrschend und durch Tradition bevorzugter Volkskreise innewohnt. Wir dürfen sie als die treibenden - oder hindernden - Kräfte auch jetzt vermuten. Für die Essentlichen schweigend, im Stillen und wenig Worten errösend, was das Privatinteresse fordert.

Ist dem gegenüber die Interessenvertretung der großen Masse auf dem Posten? Hat Sozialdemokratie und Gewerkschaft, hat die christliche Vertretung von Interessen der Arbeiterklasse in Verbindung und Zentrum erfährt, um was es sich handelt? Das Nationalistische Programm der regierungsfähigen Kräfte ist jetzt verwirklicht; hat diese Kräfte ihren Einfluß in dieser Frage schon geltend gemacht?

Es handelt sich um die Frage, ob die Einheit des Volkes Wahrheit oder nur ein Wort ist, ob die bedingungslos und reißlos darzubringende Umgebung der Deutschen Arbeiterklasse in diesem Krieg am Tag der Heimkehr ihren Daul oder aber Hundst von Vaterland empfangen, ob die Demagogenkreise feins der gebrauchten Epier zu erlösen werden für unser Deutsches Reich, oder ob der Kapitalismus je an der Zukunft packt mit der Erkenntnis: jetzt ist das Standen-

futter wieder da, nun wird es wieder zu Hause verbraucht, und wo es nicht gebraucht wird, da mag es betteln.

Die Belohnung der Treue, die gab, auch ohne zu empfangen, würde die Erkenntnis sein, daß das Vaterland zu verteidigen alle verpflichtet, an dem Verteidigten Anteil zu nehmen, nicht alle be-rechtigt sind. Sie haben es verteidigt, sie mögen nun geben und geben, ob jemand sie wünscht, um mit ihrer Arbeit sein Kapital zu verzinsen.

Es ist nicht nötig und nicht beabsichtigt, die Wirkung dieser Er-kenntnis auszumalen. Die nationale Wirkung liegt auf der Hand in Rückfall in bitter befähigten Materialismus, wenn nicht mehr.

Es ist aber durchaus genügend, daran zu erinnern, wie wäh-rend des ganzen Krieges empfunden worden ist: eine Dankeschuld liegt auf dem Vaterland gegenüber denen, die ihm halfen, ohne erst zu fragen, ob es ihnen helfen werde, wenn sie seiner bedürfen. Dieser Ausgleich steht nun bevor. Die Heimkehrer werden des Vaterlandes bedürfen. Sie haben ein Anrecht darauf, daß es ihrer gedenkt. Von platonischer Anerkennung dieser Sache zu ihrer Um-setzung in die Tat ist ein weiter Weg. Dazwischen liegt die zu über-windende Unsicherheit und Unklarheit der Lage. Vönanstehend opti-mistisch wird von Vertretern der Industrie, die das Ohr der maß-gebenden Personen haben, die Lage angesehen. Vereisliegende Schiffe voll besetzten Hochsees barren, so heißt es, des Friedens-schlusses, um sofort den Verkehr in Gang zu setzen, der dann zur Verteilung angesammelten Petrols mehr Arbeitskräfte braucht, als da sein werden. Wozu also alle Sorge? Daneben wird ange-mündigt: es sei ja alles viel zu ungewiß, alles im Werden; darum sei noch keinerlei Vorbereitung möglich.

Wieder andere meinen, die Frage sei durch die inzwischen er-reichte Verbesserung des Arbeitsnachweises erledigt. Doch auch, wenn die Zentralisation vollendet wäre, was sie nicht ist, wäre doch kein Arbeitsnachweis der Welt imstande, Stellen zu schaffen, die nicht da sind. Er kann nur vermitteln, nicht Arbeit geben.

Es bleibt nichts übrig, als die höchst verwickelte Lage, so gut es geht, zu klären, und der Unsicherheit, die bleibt, ein Programm entgegenzustellen, das auch dann hilft, ja gerade für den Fall ge-dacht ist, daß die Ungunst der Lage es aufs äußerste erschweren wird, Arbeit zu finden. Gerade für diesen — wie wir hoffen, nicht ganz so vergebliche Mühe aufzuwandern. Sie wiegt federleicht, verglichen mit der, die getragen werden müßte, wenn die Lage schlechter, die Vorbereitung jedoch nur auf eine günstige Zuschnitten wäre.

Kabakend für die Ausgestaltung dieses Programms ist die volkswirtschaftliche Problemforderung, daß keine Arbeitskraft un-genutzt bliebe für die Wiederherstellung des Nationalwohlstandes. Finanzlich ergibt sich die Doppelaufgabe: an Mitteln — trotz aller umhau verbrauchten Milliarden — nicht zu sparen, wo es gilt, die Arbeitskräfte und die Natur nicht ungenutzt, den Bedarf nicht un-befriedigt zu lassen; dabei jedoch so zu verfahren, wie die Finanz-lage es erfordert, also Ausgaben nur noch zuzulassen, wenn sie die Wiedererhaltung und mehr als das in sich tragen.

Monatsbericht vom Krieg

Berlin, den 8. März 1917.

Der Februar stand völlig im Zeichen des verhängnisvollsten U-Boot Kampfes. Ungeheure Verluste sind den Feinden, aber auch den Neutralen zugefügt, soweit sie die Seesperre nicht beachteten. In den ersten zwei Wochen haben die Dänemänner, Holland, Spanien und auch Amerika allerdings ihre Schiffe zumeist nicht er-schalten lassen. Großenteils um die Wirkung der Sperre ab-zuwarten, zum Teil aber auch aus Mangel an Besatzung. Da-her bezeugt die neutralen Matrosen nicht leidenschaftlich in so große Lebensgefahr bringen mochten. Auch bei Ausgang des Monats in durchaus kein geregelter Schiffsverkehr mit England besteht, und wenn nicht alles kündigt, so sind alle feind-lichen Hoffnungen auf erfolgreiche Abwehrmaßnahmen gegen die U-Boot Gefahr vereitelt. Sollte doch im Hauptauslaß des Reichstags am 21. Februar 1917 vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mitgeteilt werden, daß seit 1. Februar 1917 kein U-Boot verloren gegangen, wohl aber der Erfolg alle Er-wartungen übertraffen habe. Daran ist nicht zu zweifeln, auch wenn man die zurückhaltenden Berichte des englischen Vland zur Grundlage der Verluste nimmt. Dabei bedeutete schon der Ja-nuar einen U-Boot Rekord mit 170 versenkten feindlichen

Schiffen von 226000 Tonnen sowie 58 neutralen Schiffen mit 163500 Tonnen, zusammen also 389500 Tonnen. Seit Kriegs-beginn beträgt der versenkte Schiffsverlust fast 5 Millionen Tonnen. Rechnet man die Warenmengen hinzu, so sind bei vorsichtiger Schätzung 60 bis 75 Milliarden Werte versenkt. Eine Summe, so ungeheuerlich, daß sie uns vor dem Kriege gar nicht vorstellbar ge-wesen wäre.

Das läßt auf die Dauer selbst das „meerbeherrschende“ Eng-land nicht aus.

Eine andere sehr wichtige Frage ist es, wie weit die feindlichen Transporte von Truppen und Kriegsmaterial durch den ver-schärften U-Boot-Krieg Störung erfahren. Bereits sind zahl-reiche Truppentransportdampfer als versenkt gemeldet, und auch viel Kriegsmaterial sank im Februar in die Meeresstiefe. Die Nach-wirkung dieser Hemmungen auf die geplante „große Frühjahrs-offensive“ der Entente tritt sicher stark zu unseren Gunsten ein.

Einsteilen ist die Zeit der Vorbereitungen und lastenden Ver-suche auf der Westfront deutlich zu spüren. Größere Kampfhand-lungen fanden nur in der Champagne bei Nipon statt, wo vier feindliche Linien stürmten in 800 Meter Tiefe auf 2½ Kilo-meter Breite und 850 Gefangene holten. Andererseits wurde am Ende des Monats (26. Februar) eine Frontverlängerung an der Acre von uns vorgenommen, ein erhebliches Gelände also ge-räumt, ohne Verluste, ja wir brachten auch hier noch Gefangene ein. Die Gegner stehen da vor einem Mästel, während die neutrale Kriegsberichterstattung unsere Maßnahmen geradezu als be-zweifelnd bezeichnet. Von amtlicher Seite ist hierzu gesagt, daß die verlassenen, völlig verfallenen und zerstörten Stel-lungen nun gute Stützpunkte für unsere Artillerie bilden, während die neu besetzten Stellungen enorm stark gehöhrt sind.

An der Valsputna (Bukovina) brachte die Armee des Erzherzogs Josef in kräftigem Vorstoß 1200 Gefangene und sämtliche Nebensetzungen ein. - Mut-el-Amara am Taurus ist nur noch von den Türken geteilt und in englische Hände gefallen. Sonst nur Teiltämpfe und Patrouillenvorstöße.

Die politischen Vorgänge sind durch die Note Americas an die Neutralen (zwecks gleichzeitigen Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit uns) und deren einmütige Ablehnung ge-lenkt. Besonders Schweden hat als Antwort recht tempera-mentvoll die zweifelhafte „Neutralität“ Wilsons aufgeführt. - Am 21. Februar bewilligte der Deutsche Reichstag gegen 18 Stim-men der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft weitere 15 Mil-lionen Kriegskredite. Neben die weiteren recht bemerkenswerten Reichstagsverhandlungen wird an anderer Stelle berichtet.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Vom Reichstag.

Die Reichstagsverhandlungen der letzten Februarwoche ber-dienen auch für den Gewerkschaftler außerordentliche Beachtung. Nach Bewilligung der neuen 15-Milherden Kredit (die gegen nur 18 Stimmen der „Arbeitsgemeinschaft“ erfolgte), bei der Rede Petzmanns zur politischen Lage ein zusammenfassendes Bild der Kriegssituation, deren Teil über die „innere Selbstbefreiung“ als recht schädiert und durchaus unbefriedigend bezeichnet werden muß. In der Debatte stellte dann Scheidemann heraus, worauf es ankommt für die Arbeiterschaft wie für die Zukunft Deutschlands. So lange die Reaktion in Preußen sich noch so wichtig und laut gebärden kann wie jüngst im Hotel Adlon, ist es mit unserer Selbstbefreiung nicht weit her. Das preukische Wahl-unrecht ist und bleibt unser Stadtmesser für Stillstand oder Ent-wicklung im Innern. Nachdem die bürgerlichen Redner Spahn, Wiemer und der sozialkonservative Graf Westarp am ersten Tage gesprochen, brachte der folgende Tag der Debatte die zweifel-haften Späße Ledebors. Er erklärte unter anderem, daß bei der Ablehnung eines Friedensangebots ohne Amerikaner und ohne Entschädigung auch eine sozialistische Regierung den Krieg weiterführen müßte. Na also! Später kritisierte der Abg. Keil (Soz.) eingehend die geplanten Mollen- und Verbrauchssteuern, die eine neue ungeheure Belastung der breiten Massen bedeuten. Die Aufbedung des Adlentungels gegen den Reichstasler nahm dann noch in allen Einzelheiten der Abg. Sauchmann vor. Nachdem der Unternehmerindustrius Stresemann sich für die „Wick-beredigung“ der wirtschaftsfriedlichen Organisationen ausge-sprochen, antwortete Legatn treffend darauf: Herr Stresemann

hat uns vorgeworfen, daß wir unduldsam gegen die Wirtschaftsfriedlichen vorgingen. Ich muß dagegen protestieren, wenn er diese als Arbeiterorganisationen bezeichnet. Es ist für die Organisationen charakteristisch, daß ein Vertreter eines Arbeitgeberverbandes so warm für sie eintritt. Was würde Herr Streckmann sagen, wenn unsere Gewerkschaften einige Unternehmer kauften, von diesen eine Unternehmerorganisation schaffen lassen würden und dann verlangen, daß diese Unternehmerorganisation als Vertreter der Unternehmer im öffentlichen Leben gelten sollte? Genau so liegt es mit den Gelben. Sie sind zum größten Teil von den Unternehmern gegründet und werden dauernd aus deren Mitteln unterhalten. Auf der Generalversammlung des Verbandes der Textilindustriellen hat der Vorsitzende gesagt: Eigentlich haben wir für diese Gelben Beiträge nicht zu leisten, aber es liegt im Interesse der Unternehmer, daß diese Organisationen aufrechterhalten werden. Wie werden uns mit aller Energie dagegen stellen, daß Vertreter solcher Organisationen in Körperschaften kommen, die über Interessen der Arbeiterklasse zu entscheiden haben, wie die Arbeiterverschüsse des Hilfsdienstgesetzes. Das lehnen die Gewerkschaften aller Richtungen glattweg ab. Ich erinnere auch daran, daß der ehemalige Sekretär des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der Vater dieser vaterländischen Arbeitervereine, jetzt in einem Punkte erklärt hat, daß er mit dieser Gründung einen schweren Fehler begangen habe, weil diese Gründung dazu beigetragen habe, die Gewerkschaften, deren große Bedeutung sich jetzt im Kluge gezeigt habe, nicht zur vollen Entfaltung kommen zu lassen. Wer diesen Organisationen das Wort redet, der dient nicht den Interessen des Vaterlandes. — Zwar antwortete Streckmann noch einmal, vom „demokratischen Standpunkt“ hätten die gelben Arbeiter ein Recht auf Vertretung, die Abg. Behrens und Legien schickten ihn aber gebührend heim. Nun ist der Reichstag wieder bis 20. März 1917 vertagt.

♦ Aus unserer Bewegung ♦

Berlin. (Städtische Kriegsküchen.) Die mit der Kriegszeit verbundene Lebensmittelknappheit hat auch die Stadt Berlin veranlaßt, die Massenverteilung einzuführen. Köstlich neuartige Betriebe sind in den Kriegsküchen entstanden. Zahlreiche Frauen und Mädchen finden dort Arbeitsgelegenheit. Wie alle neuartigen Werke, so hatten auch diesen neugeschaffenen städtischen Mäbdenbetrieben mancherlei Mängel an, unter denen namentlich das Personal zu leiden hat. Die Erwartung, daß im Laufe der Zeit sich unnütze Dörren von selbst ausgleichen und ein er-

trägliches Verhältnis zwischen Verwaltung und Personal sich anbahnen wird, ist nicht eingetroffen. Das Personal sah sich deshalb gezwungen, zur Selbsthilfe zu greifen und sich zu organisieren. Das aber ist in den Augen gewisser Vorgesetzter ein großer Greuel. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß die von der Verbandsleitung dem Magistrat unterbreiteten Forderungen des Personals gewissen Mäbdenverwaltungen recht unangenehm gewesen sein müssen. Nur daraus läßt sich der große Groll gegen die Organisation des Personals erklären, ebenso die mancherlei Bestrebungen, die Organisation nicht aufkommen zu lassen. Besonders der vorragende Leiter darin die Wirtschaftlerin Frau Schutte aus der Küche in der Fudlerstraße. Sie bezichtigt die Verbandsmitglieder aller erdenklichen Schandtaten. Wiederholt hat Frau Schutte erklärt: „Die im Verbands sind, werden alle herausgeschmissen.“ Die Mäden wollen viel Geld verdienen und putzen die anderen auf.“ Bei jeder kleinsten Gelegenheit droht sie mit der Entlassung. „Ihr könnt ja alle gehen“ und dergleichen mehr. Die Frau Schutte würde sich, die Mäbdenverwaltung und nicht zuletzt den Berliner Magistrat in arge Verlegenheit bringen, wenn das Personal die Arbeit plötzlich einstellen würde. Welche Entscheidung der Berliner Magistrat in einem solchen Falle treffen würde, ist uns nicht schwer zu erraten. Eine die Wirtschaftlerin Frau Schutte ist der Mäbdenbetrieb sehr aufrechterhalten, aber nicht ohne Mäbdenpersonal. Die Wirtschaftlerin, die Frau Schutte ihrer Person und ihrer Tätigkeit beizugehen, beruht nur auf ihrer eigenen Einbildung. Selbst die ehrenamtlichen Aufsichtsdamen haben sich verständigend auf Seiten des Personals gestellt, dieses gegen die verabschiedeten Schimpereien in Schutz genommen. Wo Pflichtverletzung vorliegt, muß der Verwaltung, den Vorgesetzten das Recht der Mägen ohne weiteres zugesprochen werden. Die Aufrechterhaltung eines so groß angelegten Mäbdenbetriebes erfordert peinlichste Ordnung und die Organisationsleitung hat die Mitglieder wiederholt dazu ermahnt. Diese wird aber am besten durch gerechte und humane Behandlung des Personals zu erreichen sein. Was soll man aber zu folgendem Vorkommnis sagen: Eine Arbeiterin, die Nebenstunden machen mußte, geht abends gegen 7 Uhr (sie arbeitete seit 7 Uhr früh in die Garderobe, um ihre nässigen Strümpfe zu wechseln. Die Wirtschaftlerin Frau Schutte wird dieses gewahr und schimpft die Arbeiterin in der ihr eigenen groben Art aus. Alsdann schlägt sie die Garderobentür zu und verurteilt die Arbeiterin zur Strafe für ihre Arbeit ein. Da muß man sich doch fragen, ob die Verwaltung mit der Befehung des Postens durch Frau Schutte nicht einen argen Mißgriff getan hat. Es ist unter solchen Verhältnissen kein Wunder, wenn das Personal fortwährend wechselt, wenn es heraus und herein geht wie im Taubendick. Mit solchen Soldaten, mit Trübungen der Entlassung wird es der Frau Schutte nicht gelingen, die Organisation des Personals zu stören; es haben sich schon Stärkere daran die Zähne ausgebissen. Und wir wollen abwarten, wer Sieger bleibt. Angeht's solchen Gewarens muß es jetzt auch für die letzte Mägen heißen: Stören in den Verband! Jetzt erit recht!

Solweig im U-Boot.

Das Kopenhagener Blatt „Politiken“ veröffentlicht die Erlebnisse des Kapitäns Jacoben von dem verenkten norwegischen Viermastschoner „Thor II“. Der Bericht zeigt anschaulich die furchtbaren Gefahren, denen sich die U-Boots-Mannschaften zu gewärtigen haben. Andererseits bewirkt diese Schilderung von neutraler Seite, was es mit dem deutschen „Barbaren“tum auf sich hat. Der Kapitän erzählt:

„Der Kommandant des deutschen U-Bootes, das mein Schiff versenkte, verlangte, daß meine Frau, unfre kleine Solweig und ich uns an Bord seines Schiffes begeben sollten. Ich weigerte mich. Es half aber nichts, wir mußten alle drei hinüber. Meine Befragung begab sich in die zwei andern Boote, die weit hinter uns fuhren. Meine Frau und ich waren selbstverständlich sehr aufgeregt darüber, daß wir uns von unseren Leuten trennen mußten. Niemand wußte, welche Gefahren uns erwarteten. Uns wurde die Kabine des ersten Steuerannes überlassen, und da wir alle drei dort hauen mußten, war es ziemlich eng. Es war uns sehr unangenehm, die Bewegung der Maschine war uns etwas ganz Ungewohntes. Die Luft war furchtbar. Ein U-Boot ist eine einzig große Maschine mit einer Unmenge von Rädern, die wie ein Uhrwerk ineinandergreifen. An Bord des U-Bootes (an dessen Nummer sich Kapitän Jacoben nicht erinnern konnte) befand sich ein Grammophon. Unter den Grammophonplatten war auch die Komposition Griegs zu Solweigs Sang aus „Peer Gynt“ zu finden, und jeden Morgen Punkt 9 Uhr wurde unsere kleine Solweig mit diesem Liede geweckt, das unter den eigentümlichen Umständen doppelt wehmütig erklang. Im übrigen war man mit vielen norwegischen und dänischen Liedern und Musiknummern versehen, mit denen man uns unterhielt.“

Zwei Tage, nachdem wir an Bord des U-Bootes waren, mochten wir einem furchtbaren Ereignis bei. Ein großer englischer Dampfer mit dem Kurs auf den Kanal kam von Westen. Wir hielten den Dampfer an, und dessen Befragung wurde beordert, ein Boot zu befeigen; da sie dies aber nicht bereitwillig genug taten, wurden meh-

tere Schiffe hintereinander abgeeuert. Das Schiffe hielt ein, und wir verstanden, daß die Befragung die Boote bestiegen hatte. Als sie in den Booten war, begann das U-Boot den englischen Dampfer wieder zu beschließen, um ihn zu vernichten. Das Schiffe hatte aber Kriegsschiffe herangelockt, denn wir beobachteten einen englischen Torpedobootzerstörer, der mit Vollampf auf uns zusteuerte. Noch einen Augenblick befand sich das U-Boot über Wasser, um mit einem Torpedo zielen zu können. Der Torpedo traf! Eine Explosion von unbeschreiblicher Heftigkeit fand statt. Wir glaubten alle, daß unsere letzte Stunde gekommen sei. Der englische Dampfer war mit Munition nach Frankreich beladen, und das ganze Meer geriet in Aufruhr, als das Schiff versank. Wir tauchten rasch und lösten kurz darauf, wie der Torpedobootzerstörer in rasender Geschwindigkeit über uns hinwegfuhr, aber glücklicherweise kam er zu spät. Es war ein Glück, daß das U-Boot durch die furchtbare Erschütterung, die uns zu Boden schleuderte, nicht led wurde.

Singegen stellte es sich heraus, daß die eine Maschine beschädigt worden war. Das U-Boot hatte einen Teil seiner Manövrierfähigkeit eingebüßt. Was sollten wir jetzt tun? Eine kurze Beratung fand statt, und die Offiziere beschloßen, den Kurs nach dem nächsten Reparaturhafen zu nehmen. Bei der ersten Gelegenheit stieg das U-Boot zur Oberfläche empor, fuhr die langsamste Zeit auf dem Wasser längs der Küste Islands, dann nördlich der Shetlandsinseln, und erst als man so weit war, hatte die U-Boot Mannschaft selbst den Schaden der Maschine ausgebessert. Wir befanden uns in einer furchtbaren Spannung, denn gerade hier wimmelte es von englischen U-Booten, Schiffen und Torpedojägern. Wir entgingen ihnen glücklich. Der Kommandant kannte die Schiffswege und besah als U-Boot Kommandant eine große Erfahrung.

Ich muß sagen, daß wir bei dieser Begebenheit den Eindruck gewannen, daß wir niemals lebend von dieser furchtbaren Reise zurückkehren würden. Das häufige Untertauchen und der lange, 40 bis 50 Minuten dauernde Aufenthalt unter der Oberfläche des Meeres waren in den ersten Tagen grauenerregend. Als wir in die größten Tiefen hinabtauchten, ging dies wie im Handumdrehen vor sich!

Heidelberg. Der Stadtrat beschloß sich am 21. Februar mit der Gewährung einer erhöhten Zulage für die städtischen Arbeiter und Beamten. Bis jetzt waren die Zulagen wie folgt: 5 Mk. pro Monat für ledige Arbeiter und Beamte; 7,50 Mk. pro Monat für Verheiratete. Kinderzulagen: Für 1 Kind 4 Mk., 2 Kinder 7 Mk., 3 Kinder 10 Mk., für jedes weitere Kind 3 Mk. mehr. Ausgeschlossen resp. wesentlich niedrigere Zulagen erhielten die unständigen Arbeiter und das Beamtenausbildungspersonal. Es war klar, daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar war. Der Stadtrat hat jetzt auch bei der Revision der diesbezüglichen Bestimmungen den Ausnahmezustand gegen die unständigen Arbeiter beseitigt. Unsere Organisation unterbreitete dem Stadtrat am 5. Januar dieses Jahres folgenden Antrag: „Stadtrat und Bauauschuß wollen eine Erhöhung der derzeitigen Teuerungszulagen beschließen, und zwar rückwirkend vom 1. Januar ab, für Ledige auf 10 Mk. pro Monat, Verheiratete 15 Mk. und 5 Mk. für jedes Kind.“ Derselbe Antrag lehnte die Beamtenkommission wegen seiner finanziellen Tragweite bedauerlicherweise ab. Die Beschlüsse der Beamtenkommission sanktionierte der Heidelberger Stadtrat in seiner Sitzung vom Mittwoch, die folgendermaßen lauten: 2. Die ledigen Arbeiter sowie die verwitweten oder geschiedenen Arbeiter ohne Kinder und ohne eigenen Haushalt erhalten eine monatliche Zulage von 8 Mk. 3. a) Die verheirateten Arbeiter sowie die verwitweten oder geschiedenen Arbeiter mit eigenem Haushalt erhalten eine monatliche Zulage von 12 Mk., für jedes Kind eine solche von 5 Mk. b) Die verwitweten oder geschiedenen Arbeiter ohne eigenen Haushalt, aber mit Kindern, erhalten eine monatliche Zulage gemäß Ziffer 2 sowie die Kinderzulage gemäß Ziffer 3a. 4. Ledige Arbeiter sowie verwitwete oder geschiedene Arbeiter ohne Kinder und ohne eigenen Haushalt werden, wenn sie erwerbsunfähige Eltern, Großeltern oder Geschwister oder solche ihrer Ehefrau nachweislich ganz oder vorwiegend unterhalten müssen, wie verheiratete Arbeiter (Ziffer 3a) behandelt. Die Zulagen erhalten auch solche Arbeiter, die zwar nicht mit der Abicht der dauernden Beibehaltung angenommen worden, die aber gleichwohl ihre ganze Kraft dem städtischen Dienst widmen, also nicht etwa ab und zu gelegentlich Arbeiten verrichten, und zwar von dem Zeitpunkt ab, an dem sie mindestens einen vollen Monat regelmäßig im städtischen Dienst beschäftigt sind. Arbeiter, die — abgesehen von Erkrankungsfällen und Feurlaubungen — während eines Monats weniger als 15 Tage arbeiten, erhalten für solche Monate keine, im übrigen aber die volle Zulage. Als Kinder im Sinne dieser Bestimmungen gelten diejenigen, welche am ersten des Monats, für den die Zulage gewährt wird, noch nicht 15 Jahre alt waren, ferner Kinder über 15 und unter 18 Jahren, welche — ohne eigenes nennenswertes Einkommen — sich noch in Schul- und Berufsausbildung befinden und von dem Arbeiter unterhalten werden, endlich — ohne Rücksicht auf das Lebensalter — Kinder, bezüglich deren bekannt ist oder nachgewiesen wird, daß sie wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht erwerbsfähig sind. Den obelichen Kindern sind alle übrigen von dem Arbeiter voll unterhaltenen Kinder (Stiefkinder, Adoptivkinder, uneheliche Kinder)

gleichzuachten, ferner solche Pflegekinder, deren vollen Unterhalt die Pflegeeltern ohne Entgelt übernommen haben. Weibliche Arbeiter erhalten die Zulage unter den gleichen Voraussetzungen wie die männlichen Arbeiter, die Zulagen für die Kinder aber nur dann, wenn ihnen allein deren Unterhalt obliegt. Ledigen Arbeiterinnen mit Kindern werden unter der gleichen Voraussetzung neben der Zulage die Zuschläge für die Kinder gewährt. Arbeiterinnen, die zwar verheiratet sind, aber weder Kinder noch eigenen Haushalt haben, werden wie ledige, eheverlassene Arbeiterinnen wie geschiedene behandelt. Wenn außer dem Arbeiter auch seine Ehefrau als Arbeiterin im städtischen Dienst beschäftigt ist, so erhält die Ehefrau die Zulage lediglich nach Ziffer 2. Wenn man auch zugeben muß, daß die gewährten Zulagen den Forderungen der Arbeitererschaft einigermaßen gerecht werden — speziell die Entbehrung der nichtständigen Arbeiter in die Vorlage —, so dürfte sich der Heidelberger Stadtrat doch darüber klar sein, daß der Ausgleich durch die Erhöhung der Zulagen gegenüber den Teuerungszulagen noch lange kein gerechter ist. Die städtische Arbeitererschaft, vor allem die unständigen Arbeiter, haben aber die verdammte Pflicht, sich — soweit es noch nicht geschehen ist — unserer Organisation anzuschließen.

Bönned. Als wir im Juni v. J. eine Eingabe an die Stadtverwaltung richteten, worin wir Erhöhung des Stundenlohnes und Gewährung von Urlaub forderten, wurde nur die Kinderzulage etwas erhöht, und zwar belaufen wir bis dahin pro Kind und Woche 50 Pf. Nach langen Verhandlungen im Gemeinderat und Bauauschuß wurde diese Unterstützung endlich im Oktober 1918 auf folgende Höhe erhöht: Für das erste Kind monatlich 6 Mk., für jedes weitere Kind 4 Mk., so daß für 1 Kind 6 Mk., 2 Kinder 10 Mk., für 3 Kinder 14 Mk. usw. monatlich gezahlt werden. Eine Erhöhung des Stundenlohnes fand nicht statt, so daß die ledigen und verheirateten Arbeiter ohne Kinder leer ausgingen. Von dem Gehalt um Urlaub ist gar nichts erwähnt worden. Am nun den Arbeitern, welche leer ausgegangen waren, ebenfalls eine Zulage zu verschaffen, reichten wir vor Weihnachten abermals ein Gesuch um eine allgemeine Erhöhung der Stundenlöhne und um Bezahlung der am Wochentage fallenden Feiertage ein. Auch dieses Gesuch hatte nur teilweisen Erfolg. Die erste Behandlung desselben fand erst am 25. Januar 1917 im Gemeinderat statt. Und hier wurde es noch nicht einmal erledigt, sondern dem Bauauschuß überwiesen. Wir mußten nun abermals bis zur nächsten Gemeinderatssitzung warten. Wenn wir aber nun glaubten, daß, was lange währt, auch gut wird, so sahen wir uns gewaltig getäuscht. Bei der zweiten Beratung im Gemeinderat am 15. Februar, sahen wir, daß ganze 1-2 Pfennige zugelegt werden sollten, und noch nicht einmal an alle Arbeiter. Von dem Gehalt um Bezahlung der Feiertage wird gar nichts erwähnt. Ganz unverständlich muß man das nennen. Mann man denn gar nicht versteht, was es für den Arbeiter bedeutet, wenn er bei diesen ungeheuerlichen Lebensmittelpreisen binnen 8 Tagen einen Lohnausfall von einer halben Woche hat, wie es um Weihnachten war? Weeshalb hat man denn den Schulzeuten 100 Mk.

Kennen Sie das Gefühl, wenn man träumt und plötzlich die Empfindung hat, daß alles einem entgleitet und man ununterbrochen weiterflutet? Ungefähr so empfanden wir es. Fast ebenso rasch hob sich das U-Boot wieder — bis wir einen gewissen Punkt erreichten, wenn nämlich das Periscope wieder die Oberfläche erreichte. In dieser Weise mußten wir oft fast zehnmal täglich tauchen und wieder steigen. Als wir auftauchten und die Lutten geöffnet wurden, hatten wir die Empfindung, aus einem geheizten Backofen in ein Eishaus zu kommen. Es war eine Temperaturänderung, die ein Zivillist für die Dauer nicht ertragen kann. Es kann in der Hölle nicht schlimmer sein. Die Verpflegung an Bord des U-Bootes war gut und reichlich. Das U-Boot war, als wir ihm begegneten, schon vier Wochen unterwegs; die Vorräte an Brot und Butter waren reichlich, und vor allem gab es Kaffee in Mengen.

Als wir in die Nordsee gelangten, versprach uns der U-Boot-Kommandant, daß, falls ein norwegischer Dampfer nach östlicher Richtung uns begegnen würde, wir an Bord gebracht werden sollten. Inzwischen kam kein Dampfer, der nach Osten ging. „Ich werde nach Horns Riff fahren“, sagte der U-Boot-Kommandant zu mir, „damit wir Sie an Bord eines dänischen Fischkutters bringen können.“ Aber es zeigte sich keine. Hingegen hielten wir einen holländischen Trawler durch einen Warnungsschuß an. Das Wetter war günstig, und wir fuhren an die Seite des Trawlers. Es zeigte sich, daß sich an Bord des Schiffes ein englischer Marineoffizier und drei Mann als Frisensbesatzung aufhielten, die die Aufgabe hatten, das Schiff als Frise nach einem englischen Hafen zu führen. Der englische Marineoffizier wurde an Bord des U-Bootes gebracht. Die englischen Matrosen wurden beordert, eines der eigenen Schiffsboote zu besteigen und sich nach England zu begeben. Der holländische Trawler wurde freigegeben und nahm den Kurs nach Holland. Später begegneten wir einem englischen Trawler, der mit einem gutgeheißten Schiffe verladen wurde, nachdem die Besatzung die Boote bestiegen hatte.

Wir waren jetzt in der Nähe von Helgoland und für das Anlegen an der Insel wurden große Vorbereitungen getroffen. Alle Mann, insgesamt zweiundvierzig, stellten sich auf Deck auf, und als wir lang-

sam in die Helgoländer Bucht einfuhren, spielte das fünfzehnköpfige Orchester deutsche Nationallieder. Auf dem Hinterdeck standen der Kommandant mit meiner kleinen Solweig an der Hand, meine Frau und ich. Der Kommandant hat sein Eisernes Kreuz abgenommen und es an den Mantel Solweigs geheset, wobei er sagte: „Du solltest ein solches Kreuz haben, da Du das erste kleine Mädchen in der ganzen Welt bist, das eine solche gefährliche Reise in einem U-Boot mitgemacht hat. Aber dies kann Dir nur der Kaiser geben.“ Und der Kommandant holte sein Taschenmesser heraus und schnitt einen Zipfel des Ordensbandes des Eisernen Kreuzes ab, gab ihn dem Mädchen und fügte hinzu: „Behalte ihn als ein Andenken an dieses Abenteuer!“ Außerdem gab er ihr ein hübsches Band für ihre Kräfte. In dieser Weise fuhren wir nach Helgoland, wohin der Kommandant unsere Ankunft wahrscheinlich drablos gemeldet hatte. Ich habe mir niemals vorgestellt, daß sich so viele Leute auf Helgoland aufhalten. Obgleich die Zivilbevölkerung beim Ausbruch des Krieges größtenteils nach dem Festland geflüchtet worden war, befanden sich noch viele Zivilpersonen und mehrere tausend Militärpersonen dort. Wir wurden mit Begeisterung empfangen. Meine Frau, Solweig und ich wurden in einem Hotel einlogiert, von wo wir eine wunderbare Aussicht über Helgoland und das Meer hatten. Wir wurden ausgezeichnet bewirtet, und unsere Kerzen beruhigten sich ein wenig nach dem achtstägigen Aufenthalt in dem furchtbaren U-Boot. Am nächsten Tage besuchte uns der Kommandant von Helgoland, und Solweig erhielt einen Miniatur-Rettungsring, auf dem „Grüß aus Helgoland“ zu lesen stand. Der Kommandant war besonders freundlich zu uns, und obwohl die Zivilisten wie die Militärpersonen auf der Insel weitestens darin, unsern kleinen Mädchen Spielzeug und Erinnerungen an unseren Aufenthalt zu geben. Wir waren sicherlich die ersten Nichtdeutschen, die die berühmte Insel seit dem Ausbruch des Weltkrieges betreten haben. Um die Mittagszeit wurden wir an Bord eines Torpedoboots geführt, der uns nach Wilhelmshaven brachte. Von dort wurden wir unter der Begleitung eines Offiziers mit dem Zuge nach Hamburg gebracht, wo wir dem norwegischen Konful abgeliefert wurden.“

bewilligt, doch nur von der Voraussetzung aus, daß diese mit dem gezahlten Gehalt nicht mehr auskommen können. Wir können einem jeden die Zulage und die Bezahlung der Feiertage, aber man soll dann gerecht sein und auch die Arbeiter bedenken, die es doch am allerwenigsten brauchen. Sind doch die Lebensmittelpreise, Heizungsmaterial, Schutzwert, Kleidung usw. fast nicht mehr zu erschwingen. Die Arbeiter werden sich diese Behandlungsweise gefallen, und durch rührende Organisationsarbeit für Stärkung ihrer Position Sorge tragen.

Wismar. Unsere Eingabe an die Direktion der Licht- und Wasserwerke um Erhöhung der Löhne um 10 Pf. die Stunde vom 24. Dezember d. J. ist für die Meißelbeizer, Flein-, Blak- und Ammoniakarbeiter wieder insofern von Erfolg gekrönt, daß vom 11. Februar d. J. ab an die Meißelbeizer, Ofen- und Ammoniakarbeiter 10 Pf. und an die Blakarbeiter 5 Pf. die Stunde mehr gezahlt werden. Obgleich erst am 9. Juli d. J. auf Antrag der Gasarbeiter eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. stattfand, konnte auch diesmal das Stadtbaumamt nicht umhin und mußte dem Trängen der Gasarbeiter nach Verbesserung ihrer Lage Nachsicht zeigen. Wenn nur die übrigen Arbeiterkategorien der Licht- und Wasserwerke bei der letzten Lohnerböhung nicht berücksichtigt wurden, so trifft sie die Schuld selber. Ist doch schon jahraus jahrein von uns darauf hingewiesen worden, daß nur durch den Zusammenbluß in der Organisation etwas erreicht werden kann und nicht in der Zersplitterung und sogar im Abwieslichen, wie dies leider noch eine ganze Anzahl in diesen Betrieben tun. Ja, es wird sogar von diesen Arbeitern die Behauptung aufgestellt, wir könnten für sie nichts schaffen, obgleich sie wissen, daß es für dieses Gewerbe ist. Können wir doch an Beispielen nachweisen, daß wir sogar manches für sie mitgeschafft haben. Ist doch auf Veranlassung unseres Verbandes 1915 die Minderzulage, 1916 die Teuerungszulage, im Juli 1916 für die Licht- und Wasserwerksarbeiter ohne Ausnahme bis zu 5 Pf. Stundenlohnerböhung, im November 1916 für die Bau- und Hafenanlagenarbeiter ebenfalls 5 Pf. herausgeschlagen worden. Wären die Licht- und Wasserwerksarbeiter unserem Ruf gefolgt, so wäre auch für sie jetzt jedenfalls etwas herausgekommen. Dessenhalb werden die Licht- und Wasserwerksarbeiter bald das Versäumte nachholen, indem sie sich ihrer Organisation ansetzen.

Joidau i. S. Unsere Eingabe an den hiesigen Stadtrat vom 24. Januar d. J. um Erhöhung der Löhne und Verbilligung von größeren Lebensmittelrationen für die hiesigen Arbeiter hat — soweit die Lohnfrage in Betracht kommt — verhältnismäßig schnellen und vollen Erfolg gehabt. Geleitet wurde in unserer Eingabe Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. Diese ist in der Stadtratsordnungsversammlung am 29. Februar d. J. statt bewilligt worden; allerdings nur für die Verbehaltenen, die Ledigen erhalten nur 3 Pf. pro Stunde. Bewilligt wurde diese Lohnerböhung rückwirkend vom 1. Januar d. J. ab. Dabei wir in bezug auf die geforderte Erhöhung der Lebensmittelrationen leider weniger glücklich gewesen. In dieser Beziehung ist unserer Eingabe der Erfolg ver sagt geblieben. Trotzdem erklären sich die Kollegen mit dem Erreichten einmütig zufrieden. Mögen sie dieses aber besonders dadurch betonen, daß sie eifrig neue Mitglieder für den Verband werden und mögen die unorganisierten Kollegen daraus die Lehre ziehen, daß es ihre Pflicht ist, sich dem Verbands anzuschließen. Je stärker der Verband, um so größere und schönere Erfolge lassen sich erzielen.

• **Aus den deutschen Gewerkschaften** •

Aufhebung des Streiterlasses gegen den Eisenbahnerverband. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat im Einvernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands den Eisenbahnverwaltungen folgende Erklärung abgegeben:

„Der Deutsche Eisenbahnerverband gebührt nicht zu den Organisationen, welche die Arbeitseinstellung zur Durchführung ihrer Forderungen in Anwendung bringen. Er hat, wie die vorstehende Satzung ergibt, keine Einrichtung, die es ihm ermöglichen würde, bei Lohn- oder anderen Arbeitsstreitigkeiten das Manipulieren der Arbeitseinstellung anzuwenden. Er kann zur Unterbrechung eines Streiks weder von anderer Seite herangezogen werden, noch finanzielles Mittel auswenden.“

In dieser Erklärung steht der preussische Eisenbahnminister den von ihm verlangten ausdrücklichen Streikverzicht. Nachdem der Vorstand die Erklärung den Verbandsräten als Anfang beigefügt hat, hebt der Minister seinen Erlaß vom 21. Oktober 1916 auf. Er hat dem Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hiervon Mitteilung gemacht mit dem Zusatz, daß die Aufhebung des Erlasses erfolgte in dem Vertrauen und in der Voraussetzung, daß das künftige Verhalten des Verbandes mit der angegebenen Erklärung jederzeit in Einklang stehen und das gute Einvernehmen zwischen der Eisenbahnverwaltung und dem für unterchiedlichen Personal durch den Verband nicht gehöhrt werden wird.

Der Erlaß ist aufgehoben, die Schranken sind beseitigt, den Landwertern, Arbeitern und sonstigen Bediensteten der preussischen Staatsbahnen und der Reichsbahnen in Elsaß-Lothringen ist der Beitritt zum Deutschen Eisenbahnerverband gestattet. Es ist zu erwarten, daß nur auch die sächsischen und die übrigen Bundesstaatlichen Eisenbahnverwaltungen, soweit sie bisher ihrem Personal den Beitritt zum Deutschen Eisenbahnerverband nicht erlaubt haben, dem Beispiel des preussischen Eisenbahnministers folgen werden. Damit wäre endlich den Eisenbahnern die Möglichkeit gegeben, sich offen zur freien Gewerkschaft zu bekennen. Das hätte längst geschehen können. Was der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes jetzt erklärt, hat er schon bei der Verbandsgründung zum Ausdruck gebracht. Daß der Verband den Streit zur Durchführung seiner Forderungen nicht anwenden kann, geht aus seiner Satzung hervor; ebensowenig kann er zur Unterbrechung anderer Streiks Mittel anwenden, das ergibt sich ohne weiteres aus seinen niedrigen Beiträgen. Wogegen der Verband sich beherzigt und mit vollem Recht weigerte, war: sich die Lösung seiner Satzung vorschreiben zu lassen und den ausdrücklichen Streikverzicht in die Satzung aufzunehmen. Daß der preussische Eisenbahnminister und Ober der Reichsbahnen in diesem Streit endlich nachgegeben hat, ist erfreulich, um so mehr, als verschiedene andere Staatsbahnverwaltungen ein solches Ansehen an den Verband nicht gestellt haben.

Heinrich Stübmer, der Verbandsvorsitzende des Sächsischen Landes, blickt auf eine 34jährige Tätigkeit als Angehöriger des Verbandes zurück. Im Februar 1892 übernahm Genosse Stübmer die Redaktion der „Habezeitung“ für Schneider. Nachdem er diesen Posten 12 Jahre lang bekleidet hatte, wurde er zum ersten Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Möge es ihm vergönnt sein, dieses Amt noch lange in voller Ausfüllung zu versehen.

• **Rundschau** •

Der gute Kamerad. Ein Jüngling in Kellerau, so um die ersten Zwanzig geht mit kurzen, häufigen Schritten die Straße entlang. Einen Stock mit eiserner Spitze in der Rechten, den er prüfend das Pflaster abtasten läßt, umstarrt die Linke einen Knechtbügel, der um den Leib eines schwarzen Schäferhundes liegt. Das Gesicht starr auf einen Punkt im Raum gerichtet, ohne der Kopf einmal rechts oder links zu wenden. Wo bei anderen Menschen die Augen hinhin, zwei leicht getrübelte Vertiefungen. . . Ein blinder Soldat wird von einem Sanitätsmann durch die Stadt geführt. Das schöne, schattige Tier streckt leicht im Bügel vorwärts und wendet jedes Augenblick die wunderbaren Augen, glänzenden Augen nach seinem Schützling zurück. Es liegt ein Ausdrud von wissender Ruhe in diesen Hundeaugen, der jedem fühlenden Wesen auf fallen muß. Nicht rechts und nicht links von seinem Wege abweichend, führt der treue Führer den hilflosen Menschen mitten durch die Menschenmenge, bleibt stehen, wenn ein Hundesinn in Sicht kommt, und launt weiter, wenn dieses Hindernis vorüber ist. Ganz still, freudig erfüllte Blicke ist dieses Tier. Die Leute stehen und gaffen. Viele wissen erschüttert nach, was sie mit der Szene anfangen sollen. Den Menschen und seinen guten Kameraden zum fern der Erde der Leute nicht. Sie gehen einmütig ihrem Ziele zu. Wo ist der Bauer, der dieses Bild späteren Geschlechtern schenkt? Sie würden daraus mehr lernen, als aus aller überwiegenden liden Proschüren von der großen Zeit. Dieser Hund, der einem blinden Menschen seine Augen leibt, ist auch ein Gleichnis der Gegenwart. Doch müßte es ein Künstler gestalten, weil sonst zu befürchten steht, daß es in die Schulbücher unserer Kinder als unerschöpflich sentimentale Anekdote übergeht.

Preussisches. Zwei Protobesen stieren heran. Köplich bleiben sie stehen und blicken ericaunt auf eine Schär Goldschubladen, die gravitätisch emberschritten. „Seid ihr Protobesen?“ fragten die Goldschubladen. „Wir wären Kleins und Alu und sind fast jeder und Stahl. Die Kleins nennen uns Protobesen. Wer aber seid ihr?“ „Wir sind goldene Ketten und eisen in die Annalen der vaterländischen Geschichte, um euer Heldentum bis in die fernsten Zeiten zu verewigen. Durch uns wird euer Talent Sinn bekommen, wir werden euch für immer lebendig erhalten.“ „So werden wir wieder Kleins und Alu?“ fragten die Protobesen erregt. Die goldenen Ketten überhörten die Frage. „Ihr seid geteufelt für alle Zukunft. Wie vielen Generationen werden die Volls schallschubladen von euch erzählen! Freut ihr euch denn nicht darüber?“ „Freuen . . .?“ wunderten sich die Protobesen. „Das Gefühl der Freude in uns fremd, wir sind ja nur Leder und Stahl.“ „Der Dank an euch wird nie verlöschen, ihr Reibgüter erhabener Traditionen.“ Die Protobesen wandelten hin still ab und ihre Schwärme hinterließen.

Die Wahlen der Arbeiterauschüsse. Zu den wichtigsten Vorhaben auf sozialpolitischen Gebiete gehören die bevorstehenden Wahlen der Arbeiterauschüsse nach § 11 des Stillschließungs-Gesetzes. Die neuen Vorschriften stellen die Arbeiterauschüsse, die bisher immer nur verhältnismäßig vereinzelt bestanden und oft ein fischweiches Dasein führten, auf eine feste Grundlage. Die Wahlen, die in allen Betrieben mit mehr wie fünfzig Arbeitern

zu erfolgen haben, sollen nach den Grundrissen der Verhältnismäßigkeiten erfolgen. Dieses Wahlverfahren hat erstmalig infolge der neuen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung bei den letzten Wahlen der Organe in der Sozialversicherung eine umfassende Anwendung gefunden. Das Verfahren, das sich insbesondere durch vorherige Aufstellung und Einreichung von Wahlvorschlagslisten und Beschränkung der Abstimmlung nur auf diese kennzeichnet, ist etwas unhandlich und verwickelt. Die einzelnen Landeszentralbehörden haben „Wahlordnungen“ erlassen, die nähere Anleitung über den Gang der Wahl geben. Die Wahlordnungen sind vollkommen, teilweise fast wörtlich den amtlichen Wahlordnungen für die Arrondissementwahlen nachgebildet. Besonders wichtig ist der § 11 der (preussischen) Wahlordnung. Wird keine gültige Vorschlagsliste eingereicht, so hat der Wahlleiter (das ist der Betriebsunternehmer selbst, wenn er nicht einen anderen Wahlvorstand bestellt), dies sofort bekanntzugeben und zur Einreichung von Vorschlagslisten eine Frist zu setzen. Wird auch dann eine gültige Vorschlagsliste nicht eingereicht, so hat der Wahlleiter die Auswahlglieder und Ersatzmänner aus den Wählbaren zu berufen. Die Arbeiter müssen natürlich darauf sehen, daß solche Ernennungen noch Möglichkeit unterbleiben. Wird nur eine gültige Vorschlagsliste eingereicht, so gelten die in ihr verzeichneten Bewerber in der Reihenfolge der Liste als gewählt. Es findet dann eine Stimmabgabe überhaupt nicht statt. Bei dem ganzen Gang der Wahlhandlung können die Erörterungen nutzbar gemacht werden, die bei den Arrondissementwahlen gesammelt worden sind. Diese sind überflüssig und praktisch dargelegt im „Handbuch der Vertreterwahlen in der Krankenversicherung“, das im Verlag von Carl Heybel, Berlin S. 27, (Preis 2,50 Mk.) erschienen ist. Es kann allen Parteien nur dringend zur Anschaffung empfohlen werden. Die Zentralstellen der freien, christlichen und Christ-Sozialistischen Gewerkschaften haben vereinbart, daß die Arbeiterauswahlglieder gemeinsam durchgeführt werden sollen. Ein Wahlkampf zwischen den drei Gewerkschaftsrichtungen soll zunächst vermieden werden. Es kam diesen hauptsächlich darauf an, den selben Organisationen eine einheitliche Front gegenüberzustellen. In vielen Betrieben wird dabei die Ausschaltung nur einer Vorschlagsliste ermöglicht werden. Die Wahlvorbereitungen liegen in den einzelnen Orten in der Hauptsache in den Händen der Gewerkschaftsleiter. Sie haben zunächst festzustellen, welche Betriebe über 50 Personen beschäftigen. Ferner ist festzustellen, in welchen Betrieben schon Arbeiterauswahlen bestanden, von denen dann die Adressen der einzelnen Mitglieder zu ermitteln sind. Im weiteren dürfen dann Betriebsversammlungen zu veranstalten und vielleicht Betriebs-Vertrauensmänner zu ernennen sein. Die einzutreichenden Vorschlagslisten müssen nach der (preussischen) Wahlordnung von drei Arbeitern unterschrieben sein. Vorzubereiten ist noch, daß das Wahlrecht allen volljährigen Arbeitern oder versicherungspflichtigen Angehörigen des Betriebes ohne Unterschied des Geschlechts, soweit sie Reichsangehörige sind, verleiht. Es darf also nicht vorgeschrieben werden, daß nur solche Personen Wähler sind, die längere Zeit im Betriebe tätig sind. In vielen Betrieben werden die Arbeiterinnen bei den Wahlen den Ausschlag geben. Bei den Wahlvorbereitungen wird auf diese ein ganz besonderes Augenmerk zu richten sein, auch durch ihre Veranlichung zu Mitgliedern der Ausschüsse. Die große Bedeutung der Wahlen rechtfertigt die Betreibung derselben mit der größten Sorgfalt.

Die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes. Vertreter von Handel, Industrie und Schiffahrt haben der Reichsregierung Vorschläge für die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes unterbreitet, das der Vertretung ihrer technisch wirtschaftlichen Interessen dienen soll. Wegen einer solchen Einrichtung lassen sich grundsätzliche Bedenken nicht geltend machen. Das Reichsamt des Innern leidet schon längst an Überbürdung und Unübersichtlichkeit der Geschäfte. Aber noch viel dringender ist die Forderung auf Abtrennung der gesamten mit der Arbeit zusammenhängenden Fragen. Die Sozialdemokratie hat daher schon in ihrem bekannten Arbeitsbuchgeheimnis vom Jahre 1885 Arbeitkammern mit einem Reichsarbeitsamt an der Spitze gefordert. Die Kommission für Arbeiterkammern und auch die Reichsregierung, der „Vertrag für Arbeiterkammern“, waren und sind Behörden, die nur tatsächlich geholt werden, Anregungen zu geben haben. Was wir aber brauchen, ist ein selbstständiges Arbeitsamt mit einemerrat aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie auch die Gewerkschaften es wiederholt auf ihren Kongressen gefordert haben. Die Aufgaben auf diesem Gebiete wachsen mit jedem Jahre an Bedeutung und Umfang. Dem Amt hätte zu unterstellen die Arbeiterkammern, die Arbeitsinspektion, Gewerbeämter, das Arbeiterwohnungsamt. Das neue Gebiet der Arbeiterversicherung ist noch vergrößert worden durch die Anstaltswahlversicherung. Der Krieg hat neue Probleme aufgeworfen; die Kuriosen für die Arbeitsbeschäftigten, die Arbeitsvermittlung, die Tarifverträge und vieles andere mehr würden dem Arbeitsamt zu unterstellen sein. Das Arbeitsamt hat an der Spitze, nach seine Ergänzung finden in Arbeitsämtern, deren Tätigkeit nach Kriegen oder Industrieerträgen abzunehmen in. Konzentrierung auch auf diesem Gebiete in eine Forderung der Zeit.

Ein Familienvater über den Geburtenrückgang. Ein überaus interessantes Bild finden wir in der „Sozialen Kultur“, in deren Dezemberheft ein Anonymus (M. B. Charlottenburg), der Vater von elf lebenden Kindern, sich zur Frage des Geburtenrückgangs äußert. Ein einfacher, aufrichtiger, vom Leben hart angefaßter Mann spricht hier unmittelbar aus dem seelischen Erleben heraus; er erzählt vom Beginn seiner Ehe, von dem großen Glück über die ersten Kinder, von den warnenden Stimmen, die sich — unbeachtet — nach dem ersten halben Dutzend einstellen. Ungünstige gesellschaftliche Verhältnisse treten ein. Das Aufgeben des Geschäftsmade macht einen Wohnungswechsel nötig, und zum erstenmal löst die Familie die Schwierigkeit, mit sieben Kindern eine Wohnung zu bekommen. Eine ungesunde Wohnung voll Lungegier wird dem kinderreichen Vater schließlich vermietet, freilich nicht für lange; immer wieder muß er sich mit immer schlechteren und teureren Wohnungen abfinden, immer tiefer geht es hinab. Schon sind neun Kinder da, der Ausblick in die Zukunft wird trübselig. „Wie lange rang es in mir, ehe ich den Mut fand, meiner Frau zu sagen — nein, sie zu bitten, daß sie mit in die Fabrik auf Arbeit gehen solle, damit wir etwas mehr verdienen. Ich hätte es ihr am Tage nicht sagen können, ich schämte mich, ihr ins Gesicht zu sehen. Das war nur das Ende! Eine Mutter von neun Kindern, hatte die nicht genug geleidet, genug für den Staat und die Allgemeinheit? — Es war dunkel im Zimmer, wir lagen schon zu Bett, als ich ihr bruchstückweise dies auseinandersetzte. — und die Scham brant mir noch heute auf den Wangen, wenn ich daran denke.“ — Erschütternd ist die Schilderung der Veruche, ein an Winddarmenzündung erkranktes Kind im Krankenhaus unterzubringen. Da der Vater die nötige Vorauszahlung für 11 Tage nicht leisten kann, ist es nur durch Beschaffung eines Armenheims möglich — ich wüßte, daß ich dies alles nur um meiner Kinder willen tat, für mich hätte ich lieber zum Strich gegangen.“ Schon beim nächsten Armenheim wirft der Herr Magistratssekretär dem Vater vor: „Hah Sie zehn Kinder haben, ist doch Ihre Schuld!“ — Daß der Viehplage nach der Geburt des ersten Kindes zur Entkommensteuer herangezogen wird, vervollständigt nur das Bild. Einen Väterblick bedeutet die Absicht, aufs Land zu ziehen. Eine Wohnung ist gefunden, Pläne und Hoffnungen geben neues Glück. Nach wenigen Tagen bittet der Vermieter um Lösung des Vertrages. Der Gemeindevorsteher hatte sich ins Mittel gesetzt. — wie leicht fielen die elf Kinder einmal der Gemeinde zur Last. — Die Vater brauchte nur krank zu werden oder zu sterben. — Amionit war wieder alles Hoffen auf Besserung gewesen, was ich auch verstaute, es identierte, und die Ursachen dazu waren wieder — die Kinder! Wie ein roter Faden zog sich dieses Verhängnis durch unser Leben. Ja, wenn wir keine Kinder hätten —, da stand uns die Welt offen. Da wäre noch Aussicht gewesen, wieder einmal hochzukommen, aber so —!“ Der Ausbruch des Krieges bringt die Arbeitslosigkeit und damit den schlimmsten Hunger. Um seine Familie erhalten zu können, sucht der Vater Arbeit in der Kriegsindustrie und zieht schließlich nach Berlin, mit schwerem Herzen, aber glücklich in dem Gedanken, dort mehr für die zwölf Kinder zu Hause verdienen zu können. Er will auf eine bessere Zeit hoffen — wie ich schon so manches Mal gehofft. Hoffen um meiner Kinder willen und um der Hunderttausende, die gleich mir im Schatten wohnen.“

Hintertragödie im Ariea. Eine kurze Notiz der Tagespresse meldet im einfachen Berichtstext: „Der 13jährige Schüler E. aus der Bismarckstraße in Neustolln hatte in Abwesenheit der Eltern das für sie und die Geschwister bestimmte Brot aufgefressen. Aus Furcht vor Strafe erkängte er sich dann in der Küche. Als die Eltern zurückkehrten, war er schon tot.“ — In dieser Zeit des großen Sterbens der Jünglinge mußte das Gefühl sich abkämpfen, sonst wäre das Leben unerträglich geworden. Aber dieses Kinderschiedel greift doch wohl jedem aus Verz. Der Zusammenhang der Ereignisse liegt so klarutage; der ganze Vorgang ist so menschlich natürlich: Der heranwachsende Junge mit seinem gewöhnlich langer Zeit nicht ordentlich gestillten Hunger kommt nach Hause und ist den kleinen Rest der Wochenration in der Hand, unwillkürlich getrieben von dem physischen Bedürfnis nach ausreichender Nahrung. Dann fällt ihm gemitteherüber aufs Gemüß, daß nun Eltern und Geschwister gar nichts mehr zu essen haben werden, daß die Proskarie aufgebraucht ist, daß sie werden hungern müssen, und in der Verwirrung seines Kinderherzens schiebt er aus dem Leben, dessen furchtbare Mädel ihm zu schwer zu lösen waren. Um ein Stück Brot wurde ein junges Menschenleben vernichtet. Weil er sich einmal an trockenem Brot fassen wollte, kam der Dreizehnjährige zu der verarmtesten Tat, sich selbst aus der Liste der Lebenden zu löschen. Ein einzelnes Menschenleben wiegt heute nicht schwer. Aber diese Hintertragödie mag allen, die für des Volkes Ernährung verantwortlich sind, mit schmerzhaftem Trud das Gewissen idären. Die Kinder und die heranwachsende Jugend müssen hungern. Wir müssen das ertragen, weil England uns die Lebensmittel absperrt. Weicht aber irgendeine Möglichkeit, mehr Nahrungsmittel für die hungernde Jugend der Städte herbeizuschaffen, dann wäre es unendlich har, wollten die Verantwortlichen nicht alles daran setzen, sie besser zu sättigen und den Hintergrund dieser Tragödie des heranwachsenden jungen Menschen im Ariea zu zerstören.

„Wann ich mich ärgere?“ Ein Leser sendet dem „Öffentl. Abendblatt“ eine Zusammenstellung seiner Aergernisse: 1. Weil 22 Strohbergwerkgewerkschaften im vorigen Jahre, bei reichlichen Abschreibungen, im Durchschnitt eine Dividende von 19 Proz. verteilten und trotzdem jetzt den Strohpreis um 40 bis 50 Pf. den Zentner erhöhten; 2. weil ich, trotzdem die Lederfabrikgesellschaften im vorigen Jahre 65 Proz. Dividende verteilten, für ein Paar Schuhe für meinen 10jährigen Sohn 20 Mk. bezahlen muß; 3. weil die Kauderklammern unserer Katarier und der Wohlhabenden mit Speck, Schinken und Wurst gefüllt sind, während die Nahrung meiner Familie in der Hauptsache aus Kartoffeln und Mohlrüben besteht; 4. weil ich sehe, wie die Kinder der Reichen noch seidene Strümpfe tragen, während die meinigen in abjektbarer Zeit ohne Strümpfe gehen müssen; 5. weil ich sehe, wie andere aus bestem Weizenmehl hergestellte Kuchen essen, während ich nebst Familie noch nicht genügend Brot habe; 6. weil es große Kreise gibt, die sich in Bezug auf Kartoffeln einestells gar keine Vordrängung aufzuerlegen brauchen, andere wieder einestalls Pfund täglich verbrauchen können, während meiner Familie pro Kopf und Woche nur vier Pfund zugeteilt werden; 7. weil es viele gibt, die den Krieg benutzen, um sich gewaltige Reichtümer anzujammeln, während ich, trotz aller Entbehrung und allem Fleiß dem geschäftlichen Ruin immer näher komme. Diesen Gründen könnte ich noch eine ganze Reihe, die genau so schwer wiegen, wie die angeführten, anfügen, doch ich denke, daß bei einigem Heberkaen und Nüchternsein jedermann begreifen wird, daß man in eine Stimmung versetzt wird, auf die eher die Bezeichnung Zorn als Ärger zutrifft, und dieser Zorn ist sehr berechtigt!

Befinnung.

Jüngst Jahre haben die Väter gekämpft und gestritten,
haben gekämpft und gekämpft, haben Trausal und Mühe erlitten,
haben das Wert mit ihrem besten Herzblut gehegt . . .
Nun ist das halbe Wert in unsere Hand gelangt.

Daß wir es weiter führen, daß wir es weiter mehren,
Daß wir den Geist der Väter in unseren Taten ehren . . .
Und nun hebt der Bruder gegen den Bruder die Hand
Daß zerissen schreit am Boden das arme Land.

Keiner soll sagen, er sei rechter Erbe allein,
Denn das Wert der Väter muß unser aller Vermächtnis sein.
Weiß nur jeder das Ziel, so mag er den Weg dahin gehn,
Nur darf der Bruder dem Bruder nicht im Wege stehn.

Waffe zu brechen der Freiheit, dem Licht und dem Neubeginn,
haben die Väter durch Jüngst Jahre ihr Denken und Handeln hin,
Und nun sollen die Söhne sich um das Wegrecht streiten? . . .
Nähren zu einem Ziel doch Wege von allen Seiten.

Karl Bröger („Wahrer Jacob“).

Eingegangene Schriften und Bücher

Die deutschen Gewerkschaften im Kriege. Von August Sinnig. 87. Heft der von Ernst Jach herausgegebenen „Anglistischen Sammlung „Der Deutsche Africa“. Preis 50 Pf. Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart. — Das Vernehmen, das die deutschen Gewerkschaften bei Kriegsbeginn einnahmen und dem sie in den langen Monaten, die seitdem vergangen sind, treu blieben, verdient eine besondere Darstellung und Würdigung, wie sie im vorliegenden Heft gegeben wird. Der hochkundige Verfasser schildert zunächst, welche bedeutende Macht die deutschen Gewerkschaften allein schon durch die Zahl ihrer Mitglieder, dann aber durch ihre großartige Organisation und Disziplin darstellen, verschweigt nicht das hart auf „Hochspannung“ angelangte Verhältnis, in dem die Gewerkschaften noch im Herbst 1914 zur Regierung und zu den Arbeitgebern standen, und weist dann nach, daß trotzdem das patriotische Vernehmen, das die Gewerkschaften am 4. August 1914 und am 2. Dezember 1916 durch Wort und Tat ablegten, keinen Bruch mit ihrer Vergangenheit darstellt, daß es aber auch nicht einfach eine Selbstverständlichkeit war. Sinnig zeigt, wie die Gewerkschaften, indem sie unausgesetzt die materielle Verbesserung der Arbeiter verlangten und förderten, es diesen ermöglichten, sich allmählich allgemeineren Interessen und geistiger Bereicherung des Lebens zuzuwenden. Damit war aber die Grundlage geschaffen, einerseits für ein kollektives Gemeinheitsgefühl, das die Arbeiter nach den zerstörenden Einwirkungen des Massenkampfes die geistigen Güter der Nation klarer und freudiger erkennen ließ, andererseits für die nationalökonomische Einsicht, daß eine blühende deutsche Industrie Lebensbedingungen für die Wohlhabend auch des „vierten Standes“ ist, daß also Arbeitgeber und Arbeitnehmer sehr weitgehende gemeinsame Interessen haben. In der Linie dieser Entwicklung liegt die Stellung, die die Gewerkschaften in der Zeit des Weltkrieges eingenommen haben und die in Friedenszeiten sicher noch schöne Früchte zeitigen wird.

Wie in Feindesland zwei Armenischen ausgefunden wurden, wird in lebendiger Darstellung geschildert in dem soeben bei Brockhaus erscheinenden reich illustrierten Buch „Zwei Mensch vor 100 000 Jahren“ von Dr. C. Hauser (Preis 3 Mk.). Es war eine ungeahnte, epochemachende Entdeckung, die dem Forscher noch kurz vor Ausbruch des Weltkrieges beschieden war. Er hatte mehr Glück als sein gelehrter Landsmann, der berühmte Scheuchzer, vor mehr als 200 Jahren, der den „Menschen der Einsiedel“ entdeckt haben wollte, aber nur das wohlhabene Skelett eines Niesentalamanders gefunden hatte! Seitdem war der Urnensch in Mitleid gekommen, und es dauerte bis ins 20. Jahrhundert hinein, bis sich die junge Wissenschaft der Urgeschichte erfolgreich durchsetzen konnte. Selbst ein Niese unter den Naturwissenschaftlern wie Virchow wollte nicht an den Titanenmenschen glauben, sondern erklärte lieber aufgefundenen Skelette für Reste eines kochtrinken Menschen! Da fand Hauser in einem Hohen, den die französische Regierung immer wieder erfolglos bearbeitet hatte, sogar zwei verschiedene Urnenschentassen, die zweifellos vor mehr als 100 000 Jahren in jenem vergessenen Winkel Südranfranks gebaut hatten. Sie mit den Skeletten gemachten Funden lassen sogar das Leben und Treiben jener wandernden Jäger erkennen. Wir sehen sie jagen und schießen, wir beschaun einen ihrer Künstler, der Tiergehaltn in harten Stein meißelt, ein unscheinbarer Feuersteinfaber verrät uns einen geheimnisvollen Fund: ein Altar wird ausgegraben, der beweist, daß schon diese Urnensch von Göttern an ein höches Wesen erbau waren. Hausers Buch belebt uns auch, daß dieselben Urnenschentassen, die einst die Südwestküste Frankreichs bevölkert haben, auch in Deutschland gelebt haben. Sie sind noch in den letzten Wäldern in unserm Vaterlande nachgewiesen worden und in Schöngarten an der Verelina, wo man Knochen und Skulpturen dieser Urnensch gefunden hat. Es sind weite Perspektiven, die sich dem Leser ins Leben der Urnenschheit öffnen. Jeder Gelehrte wird durch Hausers Buch, das sich durch eine angenehm lesbare, klare Darstellung auszeichnet, bis zum Ende gefesselt.

Totenliste des Verbandes.

Heinrich Alroth, Wandsbek Bahnhofsleiter Hmb. † 24. 2. 1917, 34 Jahre alt.	Heinr. Plemkowski, Danzig Schiffszimmerer † 28. 2. 1917, 51 Jahre alt.
Heinr. Barqmann, Bergedorf Vau deputat † 22. 2. 1917, 48 Jahre alt.	Johann Schrek, Hamburg Kohlen- u. Gaswerke † 9. 2. 1917, 49 Jahre alt.
Ernst Franke, Hamburg Staatszimmerplatz † 24. 2. 1917, 63 Jahre alt.	Hermann Schenk, Werdau Straßenreiniger † 16. 2. 1917, 59 Jahre alt.
Wilhelm Graf, Gesehsmünde Bremser Staat † 7. 2. 1917.	Otto Schlüter, Berlin Straßenreiniger † 27. 2. 1917, 51 Jahre alt.
Sebald Janson, Frankf. a. M. Laternenputzer † 23. 2. 1917, 34 Jahre alt.	Hermann Seidel, Berlin Pensionär † 1. 3. 1917, 56 Jahre alt.
Karl Mayer, Stuttgart Portier † 22. 2. 1917, 61 Jahre alt.	Lorenz Senft, Kibingen Hilfsarbeiter † 26. 2. 1917, 61 Jahre alt.
Josef Plener, Berlin Straßenreiniger † 25. 2. 1917, 35 Jahre alt.	V. Winter, Menstadt a. Gdt. Tagner † 20. 2. 1917, 59 Jahre alt.

Alois Vöth, Frankfurt a. M.
Aufnehmer
† 28. 2. 1917, 28 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

Wilhelm Kiel, Bad am 28. November 1916 im Alter von 32 Jahren gefallen.	Franz Kläfer, Köln im Alter von 29 Jahren gefallen.
Adolf Klebig, Breslau am 12. April 1916 im Alter von 31 Jahren gefallen.	Otto Knob, Dresden am 29. Oktober 1916 im Alter von 38 Jahren gefallen.

Carl Timm, Hamburg
am 26. Dezember 1916 im
Alter von 32 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!